

Aktuelle Post aus dem Kreistag (18)



9. Februar 2024

Sehr geehrte Leser:innen!

Liebe Freund:innen! Liebe Genoss:innen!

Wir berichten in dieser aktuellen Post aus der Kreistagssitzung vom 7. Februar 2024.

In dieser Sitzung wurde der Haushaltsentwurf für 2024 eingebracht. Zum ersten Mal seit Jahren wird es wieder ein Defizit geben. Alle Investitionen müssen über Kredite finanziert werden. Die freie Liquidität wird zum Haushaltsausgleich herangezogen. Wie genau das Defizit aussieht und welche Folgen es für andere Haushaltsbereiche hat, können wir heute nicht berichten, da den Fraktionen der Entwurf bislang noch nicht vorliegt. Klar ist bisher: Die Schulumlage wurde erhöht und damit steigt hier die Belastung der Kommunen. Alle geplanten Investitionen werden realisiert. Wir werden in der nächsten Post ausführlich zum Haushalt informieren.

In letzter Zeit wird der Kreistag über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses verspätet oder unzureichend informiert. So wurden zum Beispiel die neuen Mietobergrenzen, (die zum 1. Januar 2024 gelten) eingeführt, ohne jegliche Kommunikation oder Debatte in den Gremien des Kreistags. Es ist die Aufgabe des Kreistags und seiner Fraktionen, Verwaltungshandeln zu kontrollieren. Und gerade bei einer solch wichtigen sozialpolitischen Maßnahme wie den Mietobergrenzen muss das auch möglich sein! Dazu mehr in dieser Post.

Und natürlich fanden die derzeitigen Massenproteste und die Bemühungen, Antisemitismus wirksam zurückzudrängen, Eingang in diese Kreistagssitzung.

Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:

1. Dringlichkeitsantrag von CDU, SPD, Grünen, Freie Wähler und FDP für eine „wehrhafte Demokratie“
2. Antrag der FDP: Antisemitismus verstärkt entgegentreten
3. Antrag DIE LINKE: Wohnraumbeschaffung nach dem Viernheimer Modell
4. Antrag Die Grünen: Vergabe der Schulsozialarbeit in den Verbänden 8 - 12
5. Neue Mietobergrenzen gelten ab 1. Januar 2024 im Wetteraukreis.
Anfrage DIE LINKE. zu den neuen Mietobergrenzen
Dazu: Ein zurückgezogener Antrag der Grünen
6. Stand des Kreistagsbeschlusses zur kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft

RÜCKLICHT



Sozialkompass für die Wetterau



Februar 2024

Nach mehr als zehn Jahren stellte der Verein „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“ seine Arbeit ein. Zur Fortsetzung der Arbeit wurde ein neuer Verein gegründet: **SOS – Sozialsprechstunde im Roten Laden**. Der neue Verein ist gemeinnützig und freut sich über weitere Unterstützerinnen und Unterstützer. Jeder weiß: auch helfen kostet Geld und deshalb werden Fördermitglieder gesucht. Spenden sind steuerlich absetzbar. In Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen und der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag hat der Verein jetzt die dritte überarbeitete Auflage des Sozialkompasses für die Wetterau erarbeitet und in Druck gegeben. Im Sozialkompass sind soziale Anlaufstellen und nützliche Adressen zusammengestellt, was die mühsame Suche nach Kontaktdaten im Netz erspart und den Zugang zu Hilfeangeboten erleichtert. Ab 1. März 2024 kann der Kompass in der Friedberger Usagasse 26 erworben werden - während der Sprechstunden montags von 14 bis 16 Uhr und donnerstags von 16 bis 18 Uhr. Er kostet 4 Euro, Hilfesuchende zahlen 1 Euro. Man kann ihn auch bestellen: e-mail: sosimrola@gmail.com .

Hunderttausende demonstrieren gegen Rechts und das ist gut so!

Wenn die Leute erkennen, dass rechte Parteien, wie die AfD, die bürgerlichen Rechte abbauen wollen und dagegen protestieren, sind wir dabei! Demokratische Bürgerrechte sind eine Errungenschaft, die es zu verteidigen gilt!

Schwierig finden wir, wenn die Demonstrationen von Politikern zur Selbstinszenierung genutzt werden, deren Politik die Rechtsentwicklung befördert. Politiker sprechen auf Kundgebungen und wollen "unsere Demokratie" gegen deren Feinde verteidigen. Ist das Demokratie, wenn jährlich 85 Milliarden für Rüstung ausgegeben werden, dann aber im Gesundheitswesen, im Bildungssystem, bei der Kindergrundsicherung und bei vielen weiteren Sozialstaatsleistungen das Geld fehlt? Ist es Demokratie, wenn Niedriglöhne und prekäre Arbeit gesetzlich erlaubt sind, die Konzerne aber Milliarden Steuergeschenke erhalten? Ist es Demokratie, wenn die bürgerlichen Parteien Gesetze gegen Geflüchtete machen?



Dringlichkeitsantrag CDU, SPD, Grüne, Freie Wähler und FDP „Für eine wehrhafte Demokratie“

Der Antrag verlangt, dass sich die Kreistagsmitglieder zu allgemeinen demokratischen Grundsätzen bekennen. Wir haben zugestimmt und dokumentieren ihn hier:

Der Kreistag möge beschließen:

- 1. Der Kreistag betont die essenzielle Bedeutung der Demokratie für einen intakten Rechtsstaat, in dem Freiheit und Sicherheit gleichermaßen Achtung und Umsetzung finden. Er unterstreicht die Wichtigkeit des Schutzes und der Verteidigung des Deutschen Grundgesetzes sowie der Hessischen Verfassung als älteste in Kraft befindliche Landesverfassung.*
- 2. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Die Freiheits- und Gleichheitsrechte stellen ein hohes Gut dar und wurden in der Vergangenheit unter hohem Einsatz erkämpft. Feinde der Demokratie sind Feinde der Freiheit. Der Kreistag toleriert nicht, dass insbesondere Verfassungsfeinde aus dem rechtspopulistischen und rechtsextremen Milieu unter dem Deckmantel der hier garantierten Freiheiten agieren und den Rechtsstaat beseitigen wollen. Er erklärt daher, verfassungsfeindlichen Bestrebungen klar entgegenzutreten und mit den unseren Behörden zur Verfügung stehenden Mitteln gegen sie entschlossen vorzugehen.*
- 3. Der Kreistag steht ausdrücklich hinter dem Engagement und dem persönlichen Einsatz hunderttausender Menschen, die gegen rechten Extremismus, Antisemitismus sowie Hass und Hetze auf den Straßen der Mehrheit eine Stimme verleihen. Diese enorme Beteiligung ist ein Leuchtsignal der Toleranz und vereint die Menschen in unserem Land in ihrem Willen, eine Wiederholung des dunkelsten Teils der deutschen Geschichte zu verhindern.*
- 4. Der Kreistag bekennt sich zur offenen Gesellschaft mit Menschen, die einen Migrationshintergrund haben und die fest zu unserer Gesellschaft gehören. Er unterstützt das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Die Vielfalt bildet eine Grundlage für unser aller Zukunft. Der Kreistag solidarisiert sich ausdrücklich mit allen, die dies in Vereinen und Organisationen, in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, in den Kindergärten und Schulen sowie in politischen Gremien in den Städten und Gemeinden und an anderen Stellen bereits Tag für Tag leben.*
- 5. Der Kreistag schaut gerade mit Blick auf das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar mit großer Sorge auf die Radikalisierung und Spaltung in Teilen der Gesellschaft sowie auf geschichtsvergessene Politik auf Kosten von Minderheiten und auf dem Rücken von Schwächeren. Der Kreistag betont die eklatante Notwendigkeit der parteiübergreifenden Konsensfindung zur Beantwortung der Fragen unserer Zeit. Herausforderungen und Fragen von Migration auf europäischer Ebene verunsichern viele Menschen in Deutschland. Nicht Populismus und Hetze werden diese Fragen lösen, sondern nur ein klares Regelsystem basierend auf den Grundsätzen von Humanität und unserer Verfassung.*
- 6. Abschließend hält der Kreistag fest, dass der Wetteraukreis keine Heimat für menschenfeindliche Gesinnungen und Bestrebungen ist, die unsere freiheitlich demokratische Grundordnung infrage stellen und unterminieren.*

Das war unsere Rede:

*Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
das Grundgesetz und besonders auch die Hessische Verfassung entstanden nach der Katastrophe des deutschen Faschismus und atmen einen antifaschistischen Geist. Wir stehen fest hinter der Verfassung und freuen uns, wenn viele Menschen erkennen, dass man den Rechten Grenzen aufzeigen muss und dafür auf die Straße gehen. Ja, wir müssen dringend und gemeinsam zeigen,*

dass die Mehrheit die verfassungswidrigen Gesellschaftsvorstellungen der Rechten ablehnt. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ ist auch ein sozialer Auftrag und ein Auftrag zum Frieden. Und eine Politik, die den Sozialstaat untergräbt und den Krieg vorbereitet ist keine Politik, die rechten Kräften das Wasser abgräbt. Leider ist das derzeit auch Politik der demokratischen Parteien. Bezahlbare Wohnungen, gute Gesundheitsversorgung für alle, gute Schulbildung und gute Kitas, tarifgebundene Löhne, die zum Leben reichen: Das sind Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft! Und auch eine friedensorientierte Außenpolitik, statt Hochrüstung und Vorbereitung von Krieg! Das entzieht den Rechten den Boden!

Nicht für den Antrag haben gestimmt: NPD (fraktionslos) und der andere fraktionslose Abgeordnete (ehemals AfD) sowie die AfD.

Antrag FDP: Antisemitismus verstärkt entgegentreten

Im Antrag macht die FDP Vorschläge, wie Antisemitismus in der Wetterau zurückgedrängt werden könnte. Sie reichen vom Schutz jüdischer Einrichtungen und Friedhöfe bis zu Informationsveranstaltungen in Schulen, von der Förderung für aufklärende Kinofilme bis zu einem Kennenlern-Projekt „Meet a Jew“ / „Meet a Moslem“.

Es verwundert nicht, dass besonders der Vorschlag „Meet a Moslem“ von rechts angegriffen wurde. Die AfD wollte von einem Austausch mit muslimischen Jugendlichen oder Gläubigen nichts wissen. Sie trägt die bedingungslose Solidarität mit Israel als Fahne vor sich her: Man unterstützt die rechte Netanjahu-Regierung und den Zionismus. Die historische deutsche Schuld am Holocaust soll damit entsorgt und der Antisemitismus ganz nebenbei auf „die Araber“ verschoben werden. Und leider harmoniert die AfD hier ganz gut mit der NATO-gebundenen deutschen Israelpolitik.

Wir haben uns in der knappen Redezeit von einer Minute deshalb auf diesen Punkt der Vorschläge konzentriert:

Unsere Fraktion unterstützt diesen Antrag der FDP. Er enthält gute Vorschläge, die das gegenseitige Verständnis erweitern. Der deutsche Faschismus und der Krieg haben uns gelehrt, dass es keine Sündenböcke für gesellschaftliche Probleme geben darf, dass die Akzeptanz unterschiedlicher Religionen und politischer Weltanschauungen für eine demokratische Verfasstheit wesentlich ist. Antisemitismus ist nicht auf ein islamisches Problem reduzierbar. Es ist für uns nicht akzeptabel, mit einer solchen Schuldzuweisung, mit Muslimenhetze, die Gesellschaft zu spalten. Generationen von muslimischen Arbeitern haben Deutschland mit aufgebaut. Die Mehrheit lebt hier gesetzestreu und in Einklang mit ihren „ur-deutschen“ Nachbarn. (Wenn es da Straftaten gibt, ist das nicht anders und auch nicht anders zu behandeln, wie bei anderen Bevölkerungsgruppen.) Hetze spaltet. Aber wir haben genug Probleme, die wir lösen müssen. Und das geht nur zusammen.

Der Antrag wurde angenommen. Und wir hoffen sehr, dass viele der Vorschläge umgesetzt werden können. Die AfD und die anderen Rechten lehnten ihn ab.

Antrag DIE LINKE.: Wohnraumbeschaffung nach dem Viernheimer Modell

In Viernheim wird seit einiger Zeit versucht, leerstehenden Wohnraum wieder der Vermietung zuzuführen. Die Stadt mietet leerstehenden Wohnraum an und tritt als Untervermieterin auf. Davon profitieren Vermieter und Wohnungssuchende, die sonst auf dem Wohnungsmarkt wenig Chancen hätten. Manche Vermieter scheuen den Verwaltungsaufwand und haben Angst, dass die Mieter nicht zahlen oder sonst Probleme machen. Dass diese Arbeiten von der Stadt übernommen werden, erleichtert es ihnen, die leerstehende Wohnung wieder zu vermieten. Mit diesem Modell wird nicht die Wohnungsnot beseitigt. Aber es kann dazu beitragen, mehr Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Die anderen Parteien wollen das nicht. Es wurde nach Gründen gesucht, die gegen das Viernheimer Modell sprechen. Die AfD behauptete sogar, es sei gescheitert. Auf die Vorteile wurde nur oberflächlich eingegangen.

Wir haben die Debatte dazu in unserer Rede bewertet. Leider bekamen wir keine vier Minuten Redezeit für die Antragstellung zuerkannt, sondern nur eine Minute und wir mussten uns sehr beschränken. Aber wir führen zum besseren Verständnis hier dennoch die ganze Rede auf:

*Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
am 17. Mai 2023 haben wir diesen Antrag im Kreistag eingebracht. Es hat dann sieben Monate – sieben Monate! - gedauert, bis er dann endlich mal im Haupt- und Finanzausschuss behandelt worden ist. Und heute – neun Monate später! – wird er hier aufgerufen, um abgelehnt zu werden. Neun Monate für einen Antrag! Einen Antrag, dessen Anliegen keine komplexe Angelegenheit ist, für die man Monate bräuchte, um zu recherchieren und sich eine Haltung dazu zu erarbeiten. Andererseits ist es auch nicht besonders verwunderlich. So, liebe Koalition, gehen Sie ja öfter mit Anträgen um, die Ihnen nicht passen. Denken wir nur an die Wohnungsbaugesellschaft... Doch nun zum Antrag: Wir haben ihn eingebracht, weil Viernheim mit seiner Wohnrauminitiative erfolgreich leerstehenden Wohnraum aktivieren konnte. Im Gegensatz zur Auswertung der Stadt Viernheim kamen Kreisausschuss und Haupt- und Finanzausschuss nicht zum Ergebnis, dass ein Modell „Vermiete doch an den Wetteraukreis“ sinnvoll wäre. Im Ausschuss wurde eine Zusammenschau von Hindernissen vorgetragen, und nicht über die Möglichkeiten zur Wohnraumbeschaffung durch Akquirierung von Leerstand berichtet. Es wurden die Mühen nach vorne gestellt, die damit verbunden sind, als Vermieter aufzutreten. Die Vorteile - nämlich, dass leerstehender Wohnraum für Untermieter mobilisiert werden könnte, die auf dem „freien Wohnungsmarkt“ eher chancenlos sind – kamen nur spärlich zur Sprache. Tenor des Berichts im Ausschuss war: Das geht im Wetteraukreis nicht. Das wollen wir nicht. Die Antwort darauf, warum es in Viernheim erfolgreich geht, und warum es dort als Vorteil gesehen wird, blieb der Bericht schuldig. Und Sie bleiben generell die Antwort darauf schuldig, was Sie gegen die krasse Wohnungsnot im unteren Preissegment tun wollen. Es fehlen inzwischen bundesweit 900 000 Sozialwohnungen. Wir gehören zum Ballungsgebiet Rhein-Main, wo die Wohnungsnot im unteren Preissegment besonders krass ist. Die Mietpreise explodieren weiterhin, weil die Nachfrage hoch und viel zu wenig Wohnraum vorhanden ist. Sie aber ducken sich bei diesem Thema weg. Sie haben keinerlei*

Ideen für eine Lösung des Problems. Sie haben hier noch nie eine Initiative eingebracht, um die Wohnungsnot wenigstens abzuschwächen. Nein, Sie führen ein Hindernis nach dem anderen ins Feld und erwägen sogar, den Beschluss zur Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft wieder rückgängig zu machen.

Meine Damen und Herren, so viel Ignoranz ist kaum noch in Worte zu fassen.

Antrag der Grünen: Vergabe der Schulsozialarbeit in den Verbänden 8-12

Die Grünen beantragten, dass dem Kreistag die Vergabebedingungen für die Schulsozialarbeit zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden sollen. Bisher wird das vom Kreisausschuss allein entschieden. Die Mehrheit der Fraktionen lehnte das jedoch ab. Für den Antrag haben gestimmt: Grüne, Linke und Freie Wähler.

Der Kreisausschuss sah keine Notwendigkeit, eingehend über die Vergabebedingungen zu berichten oder gar zu beschließen. Man habe bereits alles Wesentliche mitgeteilt. Es habe dazu ja auch bereits einen Akteneinsichtsausschuss gegeben.

Die Grünen hoben richtigerweise nochmal hervor, dass im Akteneinsichtsausschuss keine Einigung auf einen gemeinsamen Abschlussbericht erzielt werden konnte. Die Frage des Tarifs sei noch immer ungeklärt. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels wäre es wichtig, dass nicht nach dem niedrigen Tarif in der Fort- und Weiterbildung gezahlt werde. Ein höherer Tarif Sorge auch dafür, dass die Fluktuation bei den Sozialarbeiter:innen eingedämmt werden könnte.

Neue Mietobergrenzen gelten ab 1. Januar 2024 im Wetteraukreis

Nochmal zur Bedeutung von Mietobergrenzen: Mietobergrenzen gelten für Menschen, die Sozialleistungen in Anspruch nehmen müssen. Mit den Mietobergrenzen werden die Mietpreise nach oben gedeckelt. Die reale Situation auf dem Wohnungsmarkt kann eigentlich nur mit einem qualifizierten Mietspiegel erfasst werden. Denn der muss die aktuellen Marktpreise berücksichtigen.

Seit Jahren steigen die Mietpreise, denn es fehlen inzwischen 900.000 Sozialwohnungen – besonders im unteren Preissegment. Doch mit den hohen Mieten wäre die Finanzlage der Kreise und Städte überfordert. So wurde vor Jahren nach einer anderen Methode gesucht, wie die Kosten der Unterkunft der Sozialleistungsberechtigten bezahlbar gemacht werden könnten. Und da kam die Bundesregierung auf das so genannte „Schlüssige Konzept der Mietobergrenzen“. Mit den Vorgaben zum Schlüssigen Konzept können die Kreise und Städte die Wohnzuschüsse eher an ihre Finanzlage anpassen.

Es gibt Vorgaben zur Erstellung eines Schlüssigen Konzepts. Diese Vorgaben betreffen formale Kriterien, wie vergleichbare Räume, vergleichbare Infrastruktur, alle zwei Jahre eine Datenerhebung zum relevanten Wohnungsmarkt.

Was ist der relevante Wohnungsmarkt? Sozialleistungsberechtigte können nur Wohnungen im unteren Preissegment anmieten – nicht *unterstes* Preissegment (es gibt dazu Bestimmungen über die Größe und Beschaffenheit). Also werden vor allem im unteren Preissegment Daten

herangezogen. Die Krux daran ist, dass es rechtens ist, Wohnungsmieten von bewohnten Wohnungen zusammenzutragen und zur Grundlage der Berechnung von Mietobergrenzen zu machen.

Zwar entschied das Bundessozialgericht, dass zu den Mietobergrenzen auch Wohnungen frei und beziehbar sein müssen. Doch wie hoch der Anteil der freien und beziehbaren Wohnungen sein muss, wird nicht festgelegt. So kommt es, dass der Wetteraukreis in seine Mietobergrenzen derzeit nur 19 Prozent freie und beziehbare Wohnungen aufgenommen hat – nämlich diejenigen, des freien Wohnungsmarkts im unteren Preissegment. Vor zwei Jahren waren es noch 25 Prozent.

Das verzerrt die Berechnungen, denn wenn Wohnungen schon länger bewohnt sind – eventuell schon Jahrzehnte – entsprechen die Mieten nicht den aktuellen Preisen. Man kann aber nur Wohnungen zum aktuellen Marktpreis anmieten. Solange es keinerlei Anstrengungen für sozialen Wohnungsbau gibt, sind die Mietobergrenzen *die* Stellschraube, dass auch Leute mit Sozialleistungen eine Wohnung finden können. So mussten in den letzten Jahren die Wetterauer Mietobergrenzen nach oben angepasst werden, weil sonst hätten kaum noch Wohnungen angemietet werden könnten.

Zur Widersprüchlichkeit dieses Konzepts gehört, dass geirige Vermieter genau wissen, wie hoch die Mietobergrenzen sind und wie hoch der Druck im unteren Mietpreissegment ist. Sie verlangen also die Mietobergrenze auch für die letzten Löcher. Die Menschen sind darauf angewiesen und Jobcenter oder Sozialamt zahlen, um Obdachlosigkeit zu vermeiden.

Staatsknete für (geirige) Vermieter, statt sozialer Wohnungsbau - Das ist kurz gefasst das Konzept.

Anfrage DIE LINKE. zu den neuen Mietobergrenzen

Zum 1. Januar 2024 wurden neue Mietobergrenzen eingeführt. Wie jedes Mal stellte die Fraktion DIE LINKE. eine Anfrage, um mehr über die Datenbasis und die Berechnung zu erfahren.

Sie finden die Anfrage auf unserer homepage unter:

2024:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/1702-anfrage-zu-den-mietobergrenzen-2024.html>

2022:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/1415-mietobergrenzen-2022-wurden-aktuelle-daten-zugrunde-gelegt-und-wie-viele.html>

Auffällig ist, dass die Vergleichsräume verändert wurden. Statt vier Vergleichsräumen gibt es nun sechs. Karben und Bad Vilbel sind nun ein eigener Vergleichsraum, dort wurden die Obergrenzen erheblich erhöht, weil zu den alten Mietobergrenzen überhaupt keine Wohnungen mehr anmietbar waren. Doch für einige Kommunen haben sich durch den neuen Zuschnitt die Bedingungen für Wohnungssuchende deutlich verschlechtert: Zum Beispiel für Friedberg und Bad Nauheim oder für Ortenberg, wo die Obergrenzen abgesenkt wurden. Als ob dort die Mieten

gesunken wären! Und auch die Betriebskostenzuschüsse wurden abgesenkt. Sind dort Öl und Gas billiger?

Woran liegt es, wenn es Absenkungen gibt?

Vor allem an der Datenbasis. Denn nicht in allen Vergleichsräumen stehen ausreichend Daten zur Verfügung. So wurden in Ortenberg nur 30 Wohnungen des freien Wohnungsmarkts in die Berechnungen einbezogen und 260 bewohnte Wohnungen. Sehr viel weniger also als in Kommunen des Westkreises.

Seitens des Kreises wird immer betont, dass man einfach die Daten auswerten und nichts anpassen, kappen oder verändern würde. Doch schon die völlig unterschiedliche Anzahl der Datensätze verzerrt das Bild. Im Vergleich zu 2022 wurden dieses Mal 2137 Datensätze weniger ausgewertet. Davon 1322 weniger aus dem freien Wohnungsmarkt. Und in den Kommunen gab es offensichtlich auch noch große Unterschiede, was die Datenbasis angeht. Wenn das nicht berücksichtigt wird, sind die Berechnungen leider nicht realitätstauglich.

Ein zurückgezogener Antrag der Grünen

Die Grünen hatten einen sinnvollen Antrag gestellt, den wir gerne unterstützt hätten. Sie forderten die jährliche Anpassung der Mietobergrenzen, eine bessere Berücksichtigung der aktuellen Marktpreise und regelmäßige Erläuterungen der Anpassung gegenüber dem Kreistag. Leider haben sie sich aus dem Konzept bringen lassen. Weil das Landessozialgericht 2014 entschieden hatte, das Wetterauer Schlüssige Konzept erfülle alle Anforderungen des Bundessozialgerichts, zogen sie den Antrag zurück. Dabei wurde damals eben nur geprüft, ob die Vorgaben zur Erstellung eingehalten werden. Und das werden sie, wie eingangs erwähnt: es wurden vergleichbare Räume ausgewiesen mit einer vergleichbaren Infrastruktur und alle zwei Jahre wird eine Datenerhebung vorgenommen. Zur Tauglichkeit eines Schlüssigen Konzepts und zur Berücksichtigung der Anzahl freier und beziehbarer Wohnungen sagte das Gericht nichts. Das muss nicht Bestandteil des Konzepts sein. Also wurde nur über die Form und nicht über die Qualität des Konzepts entschieden.

Stand des Kreistagsbeschlusses zur kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft

Im Haupt- und Finanzausschuss wurde der Tagesordnungspunkt WoBau vertagt. Die Dezernentin war nicht anwesend. Da angekündigt wurde, dass der Beschluss für eine kreiseigene WoBau von den anderen Fraktionen wieder aufgehoben wird, wenn keine neuen Vorschläge eingehen, waren wir nicht unglücklich.

Wir haben sogar um Aufschub gebeten. Denn wir müssen uns fachlichen Rat einholen, welche Anträge wir für das weitere Vorgehen stellen. Dazu haben wir einige Termine zu absolvieren. Wir werden weiter berichten.



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!
Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der Homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Malin Potengowski, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber